

Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

XXIV. GP.-NR

11232 /AB

19. Juni 2012

zu 11394 /J

Wien, am 15. Juni 2012

Geschäftszahl:
BMWFJ-10.101/0168-IM/a/2012

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 11394/J betreffend „Stellenabbau bei Sony“, welche die Abgeordneten Rupert Doppler, Kolleginnen und Kollegen am 19. April 2012 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 4 der Anfrage:

Der in der Einleitung zur Anfrage angeführte, am 12.4.2012 in orf.at erschienene Beitrag setzt sich nach Ende des wiedergegebenen Zitats fort wie folgt:

„Österreich nicht betroffen

Auf die Standorte von Sony in Anif und Thalgau (Salzburg) hat der angekündigte Jobabbau keine Auswirkungen. Die dortige Einsparung von 76 fixen Jobs hat mit Sonys neuen Plänen nichts zu tun.“

In Bezug auf dieses in Salzburg umgesetzte Reformpaket heißt es im vertiefenden Artikel weiter: *„Gleichzeitig schnürte das Unternehmen mit Betriebsrat und Gewerkschaft ein Sozialpaket im Ausmaß von mehr als zwei Millionen Euro.“*


Dies entspricht der APA-Meldung Nr. 173 vom 12.4.2012, die zu Beginn lautet: *„Der am Donnerstag offiziell angekündigte Abbau von rund 10.000 Mitarbeitern beim japanischen Elektronikonzern Sony hat keine Auswirkungen auf die beiden*



Standorte von Sony DADC Austria in Anif und Thalgau im Bundesland Salzburg. Das sagte Unternehmenssprecherin Christina Schobesberger auf APA-Anfrage."

Für die anfragegegenständlichen Produktionsstandorte ist meinem Ressort eine allfällige gegenteilige Entwicklung zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt.

Laut der Wirtschaftskammer Österreich vorliegenden Informationen werden jedoch gegenwärtig Beratungen betreffend die österreichische Niederlassung von Sony Europe Limited in 1120 Wien geführt. Diesen Informationen zufolge könnten möglicherweise weniger als 5 % der Belegschaft betroffen sein, welche im Bedarfsfall durch Gewährung einer Bildungskarenz während aufrechtem Arbeitsverhältnis unterstützt würden. Nähere und insbesondere definitive Angaben über die Auswirkungen könnten jedoch bis zur Beendigung der Beratungsphase nicht gemacht werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Hüller', written in a cursive style.